

8. Das VZ Bachtel muss seinen Kernauftrag erfüllen können

Postulat Daniel Sommer (EVP, Affoltern a.A.), Beat Monhart (EVP, Gossau) und Peter Häni (EDU, Bauma) vom 10. September 2018

KR-Nr. 271/2018, RRB-Nr. 1162/28.11.2018 (Stellungnahme)

Ratspräsident Benno Scherrer: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das Postulat nicht zu überweisen. Es hat seine schriftliche Ablehnung am 28. November 2018 bekannt gegeben.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis): Gesundheitlich angeschlagene und in ihrer Leistungsfähigkeit eingeschränkte Inhaftierte sinnvoll zu beschäftigen, war eines der Kernanliegen zur Einreichung dieses Postulates. Dieses Kernanliegen entspricht auch den Grundsätzen der Gefangenenbeschäftigung des Kantons Zürich, in welcher festgehalten ist, dass «inhaftierte Personen durch eine sinnvolle Beschäftigung den Bezug zum Leben in Freiheit und damit auch zur Arbeitswelt nicht verlieren sollen». Die, auch mit eingeschränkten Möglichkeiten gut bewältigbaren praktischen Arbeiten in Feld, Wald, Hof und Garten, schaffen solche direkten Bezüge zu einer konkreten Arbeitswelt und haben Erfolgserlebnisse zur Folge, was sich dann logischerweise positiv auf die Resozialisierung auswirkt. Dieser Effekt ist noch ausgeprägter im Umgang mit Tieren. Hier listet die Regierung zwar Legehennen genau auf, wie viele Tiere welcher Art noch auf dem Hof sind. Umso mehr ist es jedoch ein bedauerlicher Fakt, dass diesem Bereich weniger Bedeutung als vorher zugemessen wird, was sich dann in noch gerade mal 11 Prozent bei den Ganzjahres-Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft auswirkt. Wir sind nach wie vor der klaren Meinung, dass die Bereitstellung von niederschweligen Beschäftigungsplätzen in Landwirtschaft, Hof, Wald und Garten prioritäre Bedeutung zugemessen werden sollte. Wie ich schon zu einem früheren Zeitpunkt bemerkt hatte, kann man natürlich die Insassen auch Schrauben sortieren und einpacken lassen, bis ihre eigenen locker sind. Ob das dann die erhofften Grundlagen schafft, damit sich Inhaftierte nach dem Strafvollzug im Arbeitsmarkt in einer zunehmend verrückten Welt wieder integrieren können, bleibt zu bezweifeln. Nach wie vor kritisch beurteilen wir den Entscheid, statt der Schnitzelheizung neu eine Pelletheizung einzubauen. Dass Pellets ein effizienter Brennstoff ist steht ausser Frage. Effizienz in Ehren, aber es gibt auch eine Effizienz bei der Arbeitsbeschaffung. Dies erst recht, wenn das Vollzugszentrum über eigenen Wald und somit direkten Zugang zum Brennstoff verfügt. Dass damit die Schwächung der lokalen Wertschöpfung hinzukommt, macht diesen Entscheid noch fragwürdiger. Ein kleiner Trost ist, dass wenigstens das Bio-Label erhalten blieb. So haben die unbefriedigenden neuen Resozialisierungsschwerpunkte zumindest ein grünes Mäntelchen an.

Leider ist es eine Tatsache, dass wir heute nur noch über den Bart des Kaisers streiten können. Die Entscheide darüber, wie das Vollzugszentrum Bachtel seinen Auftrag ausführen soll, sind längst gefällt. Schon bei Einreichung des Vorstosses

war klar, dass die Erfolgsaussichten für unsere Anliegen gering sind. Die EVP will, dass die Vollzugsmassnahmen im Kanton Zürich auch in Zukunft den grösstmöglichen praktischen Bezug zur Arbeitswelt anstreben. Wie so oft bleibt uns nun leider nur noch die Möglichkeit, mit unserem Festhalten am Postulat ein Zeichen zu setzen, das Zeichen nämlich, dass bei der Gestaltung von Resozialisationsmassnahmen die sinnstiftenden, nützlichen und praktischen Arbeitsmöglichkeiten nicht schleichend reduziert werden.

Walter Honegger (SVP, Wald): Heute geht es nicht um die personellen Ungeheimheiten, welche die Kolonie (*vormaliger Name des Vollzugszentrums*) seit einigen Jahren auf Trab hält, sondern nur um die Behandlung des vorliegenden Postulates. Und dieses lehnt die SVP aus den folgenden drei Gründen ab:

Die Forderung nach einem ganzjährigen weiterzuführenden Landwirtschaftsbetrieb ist bereits erfüllt. Dies vor allem im Zusammenhang des geänderten Klientels, welches nur noch kürzere Zeiten in der Kolonie verbringt und dadurch Arbeitstätigkeiten, welche auch längerfristige Einarbeitungszeiten notwendig gemacht haben, so gar nicht mehr durchführbar sind. Die Forderung nach dem Beibehalten des Bio-Labels ist ebenso bereits erfüllt, da dies gar nie wirklich zur Diskussion stand. Und betreffend Durchleuchtung der niederschweligen Arbeitsmöglichkeiten durch eine Fachperson sowie die Forderung nach einer Schnitzelheizung: Hierbei stützen wir uns ebenso auf den Bericht der Regierung.

Das Postulat kann aus unserer Sicht abgelehnt werden.

Davide Loss (SP, Thalwil): Mit diesem Postulat wird suggeriert, das Vollzugszentrum Bachtel könne seinen Kernauftrag nicht erfüllen; dem ist entschieden zu widersprechen. Das Vollzugszentrum Bachtel bietet eine optimale Möglichkeit für Personen am Rand der Gesellschaft, dass sie nach dem Strafvollzug – meistens sind es Ersatzfreiheitsstrafen, die dort vollzogen werden oder kurze Freiheitsstrafen – den Anschluss in den Arbeitsmarkt wiederfinden. Die Arbeitsmöglichkeiten im Strafvollzug sind gesetzlich vorgeschrieben und sind von zentraler Bedeutung. Es ist richtig und wichtig, dass die Gefangenen dort arbeiten. So werden die Chancen für eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt nach der Strafverbüsung deutlich gesteigert. Das ist ein zentrales Anliegen des Strafvollzugs, sind doch zahlreiche Inhaftierte nicht oder nicht nachhaltig im Arbeitsmarkt integriert.

Ich muss feststellen, sämtliche Punkte, die in diesem Postulat vorgebracht werden, sind heute erfüllt. Gehen Sie einmal dorthin und schauen Sie, wie das funktioniert. Es ist wirklich beeindruckend, wie dort der Strafvollzug gelebt wird. Es ist auch eine wunderbare Landschaft dort. Das ist auch ein gutes Umfeld für die Inhaftierten, die meistens vom Rand der Gesellschaft oder aus einer unteren Schicht kommen. Es geht heute eben nicht darum, nur ein Zeichen zu setzen. Es wird damit suggeriert, das Vollzugszentrum Bachtel könne seinen Kernauftrag nicht erfüllen. Und dem ist entschieden zu widersprechen. Das Vollzugszentrum Bachtel leistet hervorragende Arbeit.

Das Postulat ist unnötig und deshalb abzulehnen. Besten Dank.

Stefan Weber (FDP, Wetzikon): Das Vollzugszentrum Bachtel ist gebaut und in Betrieb. Die Stellungnahme des Regierungsrates ist aufschlussreich. Die Beschäftigungsmöglichkeiten haben sich aufgrund der Art und Weise und der Leute, die dort inhaftiert sind, angepasst und dementsprechend auch verändert.

Bisher wurden drei Anfragen und schlussendlich auch noch dieses Postulat beantwortet.

Die FDP sieht keinen weiteren Handlungsbedarf und lehnt das Postulat ab.

Thomas Wirth (GLP; Hombrechtikon): Wir führen hier eine Debatte um der Debatte Willen. Um es kurz zu machen: Wir erachten diese nicht für notwendig. Die gesetzlichen Vorgaben sind erfüllt, die konkreten Forderungen sind erfüllt, es braucht keine Überweisung dieses Postulats.

Bitte lehnen Sie dieses ab.

Florian Heer (Grüne, Winterthur): Das erneuerte VZ Bachtel, wir haben es gehört, ist seit Längerem eingeweiht. Ich hoffe, Sie verzeihen mir deshalb, wenn ich mich kurz fasse.

Dieses Postulat fordert, dass das VZ Bachtel seinen Kernauftrag weiterhin erfüllen könne. Nun, die Stellungnahme des Regierungsrates zeigt, es tut dies weiterhin, nur hat sich eben der Kernauftrag verändert, deshalb die ganzen Anpassungen. Das VZ Bachtel hat mittlerweile ein ganz anders Klientel und die Angebotsstrategie der Vergangenheit taugt nicht mehr; es lohnt sich nicht, die alte zu fordern. Die Postulanten haben einiges gefordert, was uns auch wichtig ist: die Fortführung des Bio-Betriebs oder der Erhalt von sinnstiftenden Arbeitsplätzen, unter anderem in der Landwirtschaft. Wie sich nun herausstellt, war beides nie in Gefahr. Das nun mittlerweile umgebaute VZ Bachtel erfüllt unsere Erwartungen an die Renovation eines kantonalen Gebäudekomplexes: eine energetische Sanierung, eine CO₂-neutrale Heizung. Im Gegensatz zu den Postulanten haben wir keine Präferenzen zwischen Holzschnitzel und Pellets, da sich, wie gesagt, die Arbeitsplätze geändert haben. Ein Minergie-ECO-Standard für den Neubau, eine Photovoltaik-Anlage, was wollen Sie mehr?

Eine Bewertung zum Schluss: Ich betrachte das VZ Bachtel mit einem gewissen Blick von aussen. Etwas wirklich Skandalöses, das vier Kantonsratsgeschäfte rechtfertigt, konnte ich beim besten Willen nicht erkennen.

Wir lehnen das Postulat ab.

Yvonne Bürgin (Die Mitte, Rüti): Wie der Titel so schön sagt, muss das Vollzugszentrum Bachtel seinen Kernauftrag erfüllen. Nun stellt sich natürlich die Frage, was genau der Kernauftrag ist? Und wie die Antworten der Regierung gut nachvollziehbar aufzeigen, hat sich die Zusammensetzung der Inhaftierten entscheidend verändert. Die Aufenthaltsdauer von Verurteilten mit Ersatzfreiheitsstrafen hat sich auf durchschnittlich 25 Tage verkürzt. Es ist daher verständlich, dass das Angebot beim Umbau und der Erweiterung des VZ Bachtel evaluiert wurde. Die hat dazu geführt, das Angebot der Beschäftigungsmöglichkeiten weiter zu reduzieren. Diese Anpassung macht Sinn, wenn nur noch wenige Inhaftierte eine lange

Freiheitsstrafe zu verbüssen haben. Der Kernauftrag des Vollzugszentrums Bachtel hat sich somit geändert, wird aber durchaus erfüllt, wie auch in den vielen Voten vor mir schon ausgeführt wurde. Die Forderungen der Postulanten sind nicht mehr zeitgemäss.

Die Mitte lehnt das Postulat ab.

Erich Vontobel (EDU, Bubikon): Wir von der EDU haben dieses Postulat damals aus Überzeugung mitunterzeichnet, weil wir die Situation im Vollzugszentrum Bachtel kannten und sehr schätzten. Es war uns ein wichtiges Anliegen, dass der damals geplante Umbau inklusive Erweiterung keinen Abbau von niederschweligen Arbeitsplätzen in der Land- und Forstwirtschaft sowie in der Gärtnerei zur Folge haben würde. Also, keine Verschiebung von Mitteln, weg von einfachen, naturnahen und resozialisierenden Arbeiten hin zu noch mehr Interventionen aus der der Regierungspräsidentin Jacqueline Fehr nahestehenden sozialtherapeutischen Industrie. So wie wir die Lage heute nach Umbau und Erweiterung des Vollzugszentrums Bachtel einschätzen, haben die damaligen Anfragen von EDU und SVP sowie das Postulat von EVP und EDU etwas bewirkt. Das freut uns. Wir verstehen aber nicht, weshalb die Schnitzelheizung durch eine Pellets-Heizung abgelöst worden ist, obschon wir klar aufgezeigt hatten, dass dies ein Schritt in die falsche Richtung sein würde. Gerade hier wäre es wichtig gewesen, wertvolle Arbeitsplätze im Bereich der Brenngutaufbereitung im eigenen nahen Wald sowie Wertschöpfung für das regionale Gewerbe höher zu gewichten als kurzfristige Wirtschaftlichkeit. Langfristig hätte sich die Beibehaltung der Schnitzelheizung mit all den damit verbundenen Beschäftigungsmöglichkeiten mehr als gelohnt. Aus ökologischer Sicht, wenn man bedenkt, dass das Brenngut vor der Tür liegt, also ganz nach dem bekannten Motto: Aus der Region, für die Region. Die EDU ist der Ansicht, dass es nie zu spät ist, aus Fehlentscheidungen zu lernen, und würde es begrüßen, wenn man in Sachen Heizung nochmals über die Bücher ginge. Ja, wir wissen, dass mit der neuen Heizung bereits harte Fakten geschaffen worden sind, aber man darf und soll aus Fehlern durchaus auch lernen, auch wenn Lehrgeld bezahlt werden muss. Mit etwas gutem Willen liesse sich da bestimmt doch noch eine gute Lösung finden.

Vor diesem Hintergrund werden die EDU-Vertreter das Postulat auch definitiv unterstützen. Danke.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 145 : 12 Stimmen (bei 1 Enthaltung), das Postulat JR-Nr. 271/2018 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.